

sung im Mai 2005 in den USA (vgl. C.a., 2/2005:Dok20). Immer wieder kritisiert Frau Kadeer die repressive Ethnienpolitik der VR China und tritt für die Unabhängigkeit der Autonomen Region Xinjiang ein. Nach dem Dalai Lama wäre Frau Kadeer die zweite prominente Vertreterin einer nach Unabhängigkeit strebenden Ethnie in der VR China, die gegen den Willen der chinesischen Regierung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet würde. (FAZ, 10.1.07; WSJ, 9.1.07; DGB, 10.1.07, nach BBC PF, 13.1.07; WSJ, 12.9.06; CD, 8.1.07)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Satellitenabschuss als Beginn eines Wettrüstens im All?

Wie internationale Medien Mitte Januar 2007 berichteten, zerstörte das chinesische Militär am 11. Januar durch Raketenabschuss vom Boden aus erstmals einen inzwischen funktionsunfähigen Wettersatelliten, der 800 km über der Erde im Weltraum positioniert war. Dabei handelt es sich um den Feng-Yun-1-C-Satelliten, der im Jahr 1999 ins All geschossen worden war. Den letzten bekannten gezielten Abschuss eines Satelliten von der Erde aus führten die USA im Jahr 1985 durch. Das einzige weitere Land, von dem derartige Maßnahmen bekannt sind, ist die Sowjetunion.

Ausländische Beobachter, insbesondere aus Japan, Taiwan, den USA und Australien, veranlasste der Satellitenabschuss

zu heftiger Kritik. Sie hinterfragten die Friedlichkeit des chinesischen Weltraumprogramms, wie sie im letzten Weißbuch zu Raumfahrtaktivitäten vom Oktober 2006 konstatiert wurde (vgl. C.a., 6/2006:123-124). Stattdessen stellten diese den potenziellen Beginn eines Weltraumaufrüstens in den Raum. Vor allem der Umstand, dass die chinesische Seite den Abschuss ohne Vorankündigung durchführte und ihn erst zwölf Tage später offiziell bestätigte, führte zu dieser Beurteilung. Weiterhin wurde kritisiert, dass die entstandenen Trümmerstücke Satelliten oder weitere Raumfahrzeuge anderer Länder gefährden würden.

Sicherlich macht der Satellitenabschuss deutlich, dass das chinesische Weltraumprogramm immer größere z.T. ungeahnte Fortschritte macht. Nachdem China im Jahr 2003 zur dritten Nation geworden war, die in der Lage ist, bemannte Raumflüge durchzuführen, ist das Land nun auch in die Riege derjenigen drei Staaten aufgestiegen, die das Potenzial haben, mit Raketen Satelliten zu zerstören. Der Vorwurf des Wettrüstens scheint deshalb nur bedingt nachvollziehbar zu sein, da sich China zusammen mit Russland bereits im Jahr 2002 um einen internationalen Vertrag gegen ein Weltraumaufrüsten bemüht hatte. Diesen Vorschlag hatte der US-amerikanische Präsident George W. Bush jedoch abgelehnt. Immer wieder betonen die USA, das Recht auf jedwede Weltraumaktivitäten zu haben. Von demselben Recht machte nun auch die VR China Gebrauch. (*The Economist*, 27.1.07; www.abcnews.go.com, 24.1.07; ST, 22.1.07; www.washingtonpost.com, 19.1.07; Kyodo News Service, 23.1.07, nach BBC PF, 24.1.07)

Höhere F&E-Ausgaben als Japan

Anfang Dezember 2006 veröffentlichte die Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) den *Science, Technology and Industry Outlook 2006* und analysierte darin, dass die VR China bis Ende 2006 höhere Investitionsausgaben in Forschung und Entwicklung aufweisen werde als Japan. Damit läge China mit seinen Ausgaben hinter den USA, also weltweit an zweiter Stelle.

So wird anhand der Daten von 2000 bis 2005 prognostiziert, dass China im Jahr 2006 136 Mrd. USD zu Forschungszwecken ausgeben wird, Japan hingegen nur 130 Mrd. USD. Als prozentualer Anteil am BIP hätten sich damit die Ausgaben von 0,6% im Jahr 1999 auf 1,2% im Jahr 2004 verdoppelt. Es wird erwartet, dass zwei Drittel der Forschungsausgaben von der Industrie getragen werden, ein Drittel vom Staat.

Weitere Ergebnisse der Studie sind, dass sich die Zahl der Wissenschaftler in den Jahren von 1995 bis 2004 um 77% steigerte. Mit 926.000 Wissenschaftlern liege China nun an zweiter Stelle hinter den USA mit mehr 1,3 Mio. und vor Japan mit 677.000, so der Bericht.

Bei der Betrachtung dieser Analyse fällt auf, dass die vorgelegten Zahlen vor allem beim Aufholtempo eine gewaltige Expansion aufzeigen und damit sicherlich einen Trend veranschaulichen. Allerdings lässt etwa die Zahl der angemeldeten Patente oder die vermehrte Ausgabe von Forschungsinvestitionen für Produktanpassungen und die verringerte Ausgabe für Grundlagenforschung den Rückschluss zu, dass China in

der Wissenschaft weit weniger eigenständige Innovationskapazität aufweist, als die OECD-Analyse vermuten lässt.

So wird offiziell weiterhin die Politik verfolgt, so viel F&E-Wissen vom Ausland zu generieren wie möglich. Mitte Dezember 2006 erklärte Sun Peng, stellvertretender Direktor der Abteilung für Auslandsinvestitionen des Handelsministeriums, dass weiterhin ausländische Unternehmen ermutigt werden würden, F&E-Einrichtungen in China zu gründen. Von besonderem Interesse sei dabei das Forschungsfeld Hightech.

Der Anteil der F&E-Ausgaben am BIP ist im Ländervergleich ebenfalls noch relativ gering. In den OECD-Ländern liegt der Durchschnitt bei 1,8%. Ferner muss bei der Zahl der Forscher auch auf die Bildungsqualität hingewiesen werden, die eine Vielzahl der Hochschulabsolventen nicht sofort einsetzbar macht (vgl. C.a. 4/2006:66-80; zur Bildungsqualität siehe auch nachfolgende Dokumentation) (www.oecd.org, 19.12.06; FT, 3.12.06; XNA, 14.12.06; WSJ, 4.12.06; NZZ, 7.12.06)

Neue Angaben zu staatlichen Bildungsausgaben

Wie dem Bildungsbericht von Anfang Januar 2007 zu entnehmen ist, gibt die VR China 2,82% ihres BIP für Bildung aus. Die Investitionen steigen dem Bericht zufolge jährlich um 0,03%. Im Jahr 2005 hatte der staatliche Bildungsfonds ein Volumen von 842 Mrd. CNY (105,25 Mrd. USD), im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 16%.

Um die Zielmarke der Zentralregierung für die staatlichen Bildungsausgaben

von 4% in den nächsten Jahren erreichen zu können, müsste das Investitionsvolumen deutlich erhöht werden. Zumal Mehrausgaben u.a. dadurch entstehen, dass alle Schüler im Pflichtschulbereich in den ländlichen Regionen aller Provinzen ab dem Jahr 2007 von den Schulgebühren für Lehrmaterial, Schulmaterialien etc. freigestellt werden sollen (vgl. C.a., 1/2006:116-117).

Seit dem Frühjahr 2006 gilt dies für Schulkinder aus den ländlichen Regionen in den ärmeren Westprovinzen. Die Regierung kündigte nun an, dass ab dem Frühjahr 2007 die neue Regelung auch auf die Zentral- und Ostprovinzen ausgeweitet werde. Die dadurch entstehenden Kosten sollen von der Zentralregierung sowie, abhängig von den finanziellen Möglichkeiten, von den Lokalregierungen getragen werden. Wie der Sprecher des Bildungsministeriums, Wang Xuming, mitteilte, werde mit Kosten in Höhe von 15 Mrd. CNY gerechnet.

Für mehr Bildungsqualität plant das Bildungsministerium gemäß einer Xinhua-Meldung von Ende Januar 2007, für die nächsten vier Jahre 320 Mio. USD zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll besseren Lehrprogrammen und Lehrmaterialien zugute kommen. Des Weiteren sollen innovative, experimentelle Projekte von 15.000 Studenten gesponsert und jährlich 500 herausragende Lehrer prämiert werden. Dieses Investitionsprojekt geht konform mit dem im vergangenen Jahr eingeläuteten Strategiewechsel in der chinesischen Hochschulpolitik, der eine Qualitätssteigerung anstelle der bislang verfolgten rein quantitativen Bildungsexpansion beinhaltet (vgl. C.a., 4/2006:66-80). Die Verbesserung von

Lehrstandards wurde ebenfalls Bestandteil des 11. Fünfjahresprogramms von 2006 bis 2010. (XNA, 1., 16., 27.1.07; SCMP, 14.12.06)

Schließung von Migrantenschulen

Im Januar 2007 häuften sich Meldungen in internationalen Medien, wonach mehr und mehr Migrantenschulen geschlossen würden.

Im Shanghaier Bezirk Putuo soll demnach die Jianying Hope School, eine private Grundschule für Kinder von Migranten aus der Provinz Anhui, ohne Vorankündigung geschlossen worden sein. Die Ausweisung des Geländes für Bauprojekte könnte für die Schließung ausschlaggebend gewesen sein, wie Journalisten vermuteten. Vordergründig verfolgen die Behörden das Ziel, zum Wohle der Migrantenkinder private, kostenpflichtige Bildungseinrichtungen, die nicht dem Standard der öffentlichen Schulen entsprechen, zu schließen, und den Migrantenkindern stattdessen Zugang zu den öffentlichen Schulen zu gewähren. Dieser per Dekret zugesicherte Zugang ist chinesischen Bildungsexperten zufolge allerdings noch längst nicht allen Migrantenkindern gewährt. Stattdessen würde zunehmend der Eindruck entstehen, dass Migrantenkinder in die Stadtperipherie abgeschoben würden. Im Jahr 2006 sollen in der Hauptstadt Beijing bereits 132 Schulen geschlossen worden sein (vgl. C.a., 5/2006:111-112)

Aus anderen Großstädten sind jedoch weit weniger kritikwürdige Vorgehensweisen bekannt, um den Migrantenkindern den geforderten Zugang zu öffentlichen

Schulen, die kostenlos sind und ein höheres Ausbildungsniveau besitzen, zu ermöglichen. In Hangzhou, Hauptstadt der ostchinesischen Provinz Zhejiang, wird mit Hilfe technischer Unterstützung versucht, das Niveau der Migrantenschulen anzuheben. Im südchinesischen Guangzhou (Provinz Guangdong) kauft die Stadt Privatschulen und wandelt sie in öffentliche um. (ST, 10.1.07; SCMP, 10.1.07; IHT, 25.1.07)

Gesellschaft

Günter Schucher

Landwirtschaft bleibt offiziell „No. 1“

Das erste zentrale Dokument, gemeinsam herausgegeben vom ZK der KPCh und vom Staatsrat, ist auch in diesem Jahr – zum vierten Mal in Folge – der Landwirtschaft gewidmet. Nachdem im Jahr 2004 die Steigerung der ländlichen Einnahmen, 2005 die Produktionskapazität und 2006 die Schaffung eines „neuen sozialistischen ländlichen Raumes“ im Mittelpunkt der Dokumente standen, geht es diesmal um die Modernisierung der Landwirtschaft. Regierung und Partei wollen größere Anstrengungen unternehmen, um die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, die technologische Ausstattung in der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Landwirtschaft zu verbessern.

Nach Schätzungen werden mit jedem 10.000 USD ländlicher Produkte, die exportiert werden, direkt oder indirekt ca.

20 Arbeitsplätze geschaffen. D.h. die Landwirtschaft hat, entsprechend dem Exportvolumen im Jahr 2005, rund 54 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings steht sie auch unter erhöhtem Druck, da die Unterstützung seitens Technologie und Wissenschaft schwach und die Infrastruktur rückständig sind. Außerdem schaden immer neue Lebensmittelskandale, die auf unzureichende epidemische Kontrolle hindeuten, dem Export.

Die chinesische Regierung will im dritten Jahr in Folge mit zusätzlichen Investitionen Abhilfe schaffen. Von 2003 bis 2006 hat sie 139,3 Mrd. USD in den Aufbau der Landwirtschaft und die Entwicklung der Bauern investiert. Auch die Mittel für Bildung, Gesundheit und Kultur im ländlichen Raum sollen anwachsen. Das Dokument appelliert dabei auch an die lokalen Regierungen, Einnahmen aus dem Verkauf von Landrechten für die Modernisierung der Landwirtschaft zu verwenden. Der Erfolg dieses Appells dürfte jedoch zweifelhaft sein. Auch Aussagen aus dem Ministerium für Land und Ressourcen, die Rechte der Bauern stünden im Zentrum der Reform, werden unerfüllt bleiben, solange die Eigentumsrechte am Land nicht geregelt sind und Lokalregierungen das Land ohne Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen für Entwicklungsprojekte verkaufen können.

Konflikte um Landnahmen sind daher an der Tagesordnung. Die *South China Morning Post* berichtete von einem ehemaligen Parteichef im Dorf Pangzhuang in der Provinz Shandong, Pang Shaohai, der sich dem Plan der übergeordneten Township-Regierung zur Abgabe des Landes an eine